

## Bürgerinitiative fordert weniger Leitstellen für Notrufe

11.02.2009 - aktualisiert: 11.02.2009 05:42 Uhr

### **Kritiker des Rettungsdienstes befürworten eine Zentralisierung von 43 auf zwölf Einrichtungen in Baden-Württemberg**

Zum heutigen Tag der europäischen Notrufnummer 112 haben Bürgerinitiativen Alarm geschlagen. In Baden-Württemberg gebe es viel zu viele Leitstellen, und viele hätten kein ausreichend ausgebildetes Personal. Und bei den Einsatzzeiten werde getrickst.

Von Susanne Janssen

Joachim Spohn hat vor 30 Jahren ein einschneidendes Erlebnis gehabt. In Plieningen wurde er Zeuge eines schweren Unfalls, er verständigte die Polizei und verlangte einen Notarzt für den Autofahrer. Was er danach sah, erschütterte sein Vertrauen in den Rettungsdienst: Zuerst fuhr eine Polizeistreife vor, die den Unfall betrachtete und dann erst einen Notarztwagen alarmierte. Seitdem kämpft Spohn in der Bürgerinitiative Rettungsdienst für eine bessere Versorgung der Bevölkerung in Notsituationen.

Noch immer sei die 112 als allgemeingültige Notrufnummer nicht überall bekannt, erklärte Spohn. Selbst manch ein Rettungswagen trage noch die alte Nummer 19 222, die aber nur zusammen mit der Vorwahl funktioniert, "vom Handy aus geht der Anruf ins Leere". Dass die 112 auch in 34 weiteren europäischen Ländern die Notrufnummer ist, sei bei den Deutschen, die als Reiseweltmeister gelten, relativ unbekannt: Nur zwölf Prozent der Bürger hatten in einer Umfrage davon Kenntnis, im europäischen Durchschnitt waren es immerhin 22 Prozent.

Doch noch mehr als die parallelen Notrufnummern stört die Bürgerinitiativen das System im Land. "In Baden-Württemberg gibt es viel zu viele Leitstellen - und viele sind nicht professionell besetzt", erklärt Joachim Spohn. Insgesamt gebe es 43 Stellen, an denen ein 112-Notruf eingehe, acht bis zehn davon seien in der Nacht nur mit einer Person besetzt: "Wenn die gerade einen langwierigen Notruf bearbeitet, kommen andere Hilfesuchende nicht durch." Ludwigsburg sei beispielsweise eine solche kleine Leitstelle.

Die Forderung der Bürgerinitiative: das Land sollte die Leitstellen neu strukturieren und auf acht bis zwölf reduzieren. Eigene Ortskenntnis der Mitarbeiter sei bei der heutigen Technik gar nicht mehr so entscheidend. "Mit Straßenverzeichnissen und Google Earth ist das heute kein Problem mehr", meint Strohm. Andere Bundesländer hätten längst ihr System umgestellt. So gebe es zum Beispiel eine einzige Leitstelle für das Saarland, Rheinland-Pfalz reduziere gerade die Zahl der Leitstellen von 18 auf acht. Für die Region Stuttgart würde dies bedeuten, dass eine Leitstelle neben der Stadt Stuttgart auch die Landkreise Ludwigsburg, Esslingen, Rems-Murr und Böblingen betreut.

Nach Ansicht des Rettungssanitäters Tjark Neinhardt, der im "Forum Notfallrettung Stuttgart" engagiert ist, könne dies für den Bürger nur von Nutzen sein, denn die Rettungswagen seien von einer Leitstelle aus flexibler einsetzbar. "Auch heute kann es sein, dass alle acht Rettungswagen in Stuttgart unterwegs sind. Dann gehen die Rundrufe bei den Nachbarkreisen los", erklärt er. Von einer Zentralstelle aus könnten die Disponenten über mehr Fahrzeuge verfügen.

Die Integrierte Leitstelle in Stuttgart ist für die Bürgerinitiativen ein positiver Schritt: "Hier kann die Stadt Zahlen einfordern, zum Beispiel zur Einhaltung der Hilfsfristen." Die sollen bundesweit 10, höchstens 15 Minuten betragen. In Baden-Württemberg dürfe aber getrickst werden. "Es wird erst von dem Zeitpunkt an gerechnet, wenn der Disponent entschieden hat, dass ein Notfalleinsatz vorliegt", erklärt Spohn. Das können Minuten sein, die die Statistik schönen. Auf dem Land sei die Lage ohnehin anders: Die Landräte seien oft Kreisverbandsvorsitzende der Rettungsdienste und kontrollierten sich selbst.

Aber auch in Stuttgart gebe es noch das Problem, dass nicht alle Disponenten in der Leitstelle sowohl für Brand als auch für Rettungseinsätze geschult seien. Noch schwieriger sei die Lage in den Kreisen. "In Esslingen haben Feuerwehr und Rettungsdienst zwei verschiedene EDV-Systeme - da geht alles auf Zuruf und handschriftlich auf Papier", sagt Neinhardt. Dies ließe sich durch professionelle Leitstellen ändern, in denen die Disponenten nicht mehr bei den privaten Trägern angestellt seien, sondern bei den Städten oder Kreisen. Das koste aber Geld - deshalb seien Änderungen so schwierig.